



Geschäftsführung Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren

Herr Krämer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-27447

E-Mail: sozialamt.ausschuss@stadt-koeln.de

Datum: 10.12.2023

Niederschrift

über die **17. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 20.04.2023, 15:33 Uhr bis 18:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal.

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Floris Rudolph	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dilan Yazicioglu	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Timo Hilleke	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Dieter Gruner	Auf Vorschlag von CDU

Ratsmitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU	Vertritt Herrn Welter
Frau Ira Sommer	CDU	Vertritt ab 16:55 Herrn Petelkau

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	Auf Vorschlag von SPD
Frau Lena Teschlade	Auf Vorschlag der SPD
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Jennifer Glashagen	Volt

Beratende Mitglieder

Frau Iris Dworeck-Danielowski	Auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Herr Daniel Gojic	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Frau Monika Dierksmeier	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Horst Ladenberger	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Markus Peters	Auf Vorschlag der CDU-Fraktion

Herr Dietmar Ciesla-Baier	Auf Vorschlag der SPD	anwesend ab 16:10
Herr Friedrich-Wilhelm Hilgers	Auf Vorschlag der SPD	
Herr Daniel Rogge	Auf Vorschlag der SPD	
Herr Benedikt Liefertz	Auf Vorschlag der FDP	
Frau Sieglinde Eich-Ganske	Auf Vorschlag von Volt	
Herr Peter Krücker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.	
Frau Claudia Reischauer	Der Paritätische, Kreisgruppe Köln	
Frau Dr. Christiane Köhler		

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Marita Bosbach	Deutsches Rotes Kreuz	Vertritt Herrn Ruda
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk	Vertritt Herrn Zeyßig
Herr Frank Feles	Stadt AG Behindertenpolitik	Vertritt Herrn Intveen

Verwaltung

Frau Alexandra Anders	Fachreferentin, Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen
Frau Bettina Baum	Amtsleiterin, Amt für Integration und Vielfalt
Frau Alexa Dreyer	Persönliche Referentin des Beigeordneten, Dezernat V
Frau Barbara Horstmann	Fachreferentin Amt der Oberbürgermeisterin
Frau Heike Kerscher	Amtsleiterin Amt für Wohnungswesen
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Dezernent für Soziales, Gesundheit und Wohnen
Frau Dr. Katja Robinson	Amtsleiterin, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
Frau Sara Sadeghzadeh	Assistentin der Amtsleitung, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
Herr Dirk Schumacher	Abteilungsleiter, Arbeitsmarktförderung, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
Herr Wolfgang Hüsken	Abteilung für Senior*innen und Menschen mit Behinderungen, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
Frau Mirjam Tomse	Behindertenbeauftragte, Amt für Integration und Vielfalt
Frau Sabine Mendez	Geschäftsführung Jobcenter Köln
Herr Fabian Stangier	Büro für Diversity, Amt für Integration und Vielfalt

Gäste

Herr Thomas Zitzmann	Ombudsstelle für Flüchtlinge
Herr Frank Gatana	RheinEnergie AG

Schriftführer

Herr Thomas Krämer	Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
--------------------	---------------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Thomas Welter CDU

Beratende Mitglieder

Frau Jutta Eggeling Auf Vorschlag der Grünen
Frau Fatima Remli Auf Vorschlag von Die Linke
Herr Jan Schlagenhauf Auf Vorschlag von GUT
Herr David Klapheck Synagogengemeinde Köln
Herr Marc Ruda Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln
wird vertreten von Frau Bosbach
Frau Ulrike Volland-Dörmann Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Jörg Zeyßig Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH
wird vertreten von Frau Schönhals
Herr Paul Intveen Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.
wird vertreten von Herrn Feles
Frau Inge Linne Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft
Queerpolitik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Eva-Maria Hefner Arbeiterwohlfahrt Kreisverband e.V.
Frau Alice Rennert Caritasverband Köln e.V.
Frau Alina-Toyah Sallmon Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Wolfgang Schäfer Deutsche Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Herr Christof Wild Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe
Köln e.V.
Frau Petra Gehrken Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Carine Weber Kölner Verbund der Migrantenorganisationen
Frau Sophie Sängler Auf Vorschlag von TXKöln

Der **Vorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** eröffnet um 15:33 Uhr die 17. Sitzung des Ausschusses Soziales, Seniorinnen und Senioren und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, die Besucher*innen und die Vertreter*innen der Medien sowie die Mitarbeiter*innen der Verwaltung.

Der **Vorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** teilt mit, dass die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, CDU, SPD und Volt einen Dringlichkeitsantrag [AN/0674/2023](#) zur Mitteilung der Verwaltung unter TOP 12.17. [1206/2023](#) „Köln-Pass automatisch versenden“ eingebracht haben. Über die Dringlichkeit sei vor Festsetzung der Tagesordnung abzustimmen. Er bittet die antragstellenden Fraktionen, die Dringlichkeit zu begründen.

Frau Glashagen (Volt) begründet die Dringlichkeit mit der erst am 19.04.2023 zugegangenen Mitteilung [1206/2023](#) der Verwaltung. Diese mache eine Bekräftigung des Arbeitsauftrages an die Verwaltung zu einer automatischen Versendung von Köln-Pässen notwendig.

Herr Detjen (Die Linke) spricht sich aus formalen Gründen gegen eine Dringlichkeit aus, da er eine solche in dieser Frage nicht sehe.

Abstimmungsergebnis zur Anerkennung der Dringlichkeit:

Der Dringlichkeit des Antrags wird mehrheitlich gegen die Stimme von Die Linke und bei Enthaltung der FDP zugestimmt.

Anmerkung der Schriftführung: Der Dringlichkeitsantrag wird unter TOP 3.2 einsortiert und gemeinsam mit TOP 12.17 behandelt.

Der **Vorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** teilt mit, dass die Verwaltung folgende Zusetzungen zur Tagesordnung vorgenommen habe:

I. Öffentlicher Teil

3.1: Änderungsantrag zu TOP 3.1 „Entwicklung eines kommunalen Wohnungs- und Obdachlosenberichts,, (AN/1627/2022)

Gem. Änderungsantrag von Bündnis90/Die Grünen, CDU, Volt, SPD, DIE LINKE und FDP

AN/0662/2023

Nachtrag 17, zugesetzt 19.04.2023, Tischvorlage

4.4 Freigabe und Beauftragung von Mitteln des politischen Veränderungsnachweises zum Haushalt 2023/2024 für einen einmaligen Mietkostenzuschuss an den Träger Blau-Gelbes Kreuz e.V.

1095/2023

Nachtrag 13, zugesetzt 19.04.2023

Zu 10.1.2 Beantwortung der Anfrage AN/0331/2023 Digitale Teilhabe: Wie viele Offliner*innen leben in Köln?

1192/2023

Nachtrag 14, zugesetzt 19.04.2023

Zu 10.1.3 Berichtswesen Wohnungslose/Obdachlose Menschen (Anfrage AN/0048/2023 der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP, Die Linke sowie Volt)

1052/2023

Nachtrag 1, zugesetzt 12.04.2023

10.1.11 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der AfD Fraktion zu "Schleuserskandal in Köln"

1252/2023

Nachtrag 12, zugesetzt 17.04.2023

- 10.2.1 Anfrage Frau Dr. Köhler zu Leistungen nach dem SGB XII vom 11.04.2023
AN/0623/2023
Nachtrag 2, zugesetzt 12.04.2023
- 10.2.2 Nächtliche Unterbringung von obdachlosen Menschen mit Hunden in Köln
Gem. Anfrage der Fraktionen von Fraktion Bündnis90/Die Grünen, CDU und Volt vom 17.04.2023
AN/0641/2023
Nachtrag 11, zugesetzt 17.04.2023
- 12.9 Welcome-Point Cologne (WPC) am Breslauer Platz / Hauptbahnhof
1113/2023
Nachtrag 3, zugesetzt 12.04.2023
- 12.10 Geschäftsbericht Wohnen in Köln 2020/2021 - Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2020/2021; Ausblick
0762/2023
Nachtrag 4, zugesetzt 12.04.2023
- 12.11 Planung bzw. Priorisierung der Verwaltung hinsichtlich der Sozialhäuser
1147/2023
Nachtrag 5, zugesetzt 13.04.2023
- 12.12 Anfrage zu W-LAN am Wohnheim für Geflüchtete Poller Holzweg
Beantwortung einer Anfrage aus dem Integrationsrat
1197/2023
Nachtrag 6, zugesetzt 13.04.2023
- 12.13 Sachstandsmitteilung zur Umsetzung Stärkungspakt NRW
1151/2023
Nachtrag 7, zugesetzt 14.04.2023
- 12.14 Mietspiegelreform
1182/2023
Nachtrag 8, zugesetzt 14.04.2023
- 12.15 Bevölkerungsentwicklung in Köln 2022
0948/2023
Nachtrag 9, zugesetzt 17.04.2023

- 12.16 Leerzug Gummersbacher Straße 25
1128/2023
Nachtrag 10, zugesetzt 17.04.2023
- 12.17 Dringlichkeitsantrag AN/0411/2023 - Köln-Pass automatisch versenden
Stellungnahme der Verwaltung
1206/2023
Nachtrag 15, zugesetzt 19.04.2023
- 12.18 Projektfortschritt NEUmarkt – Maßnahmen zur Aufwertung des Neumarkts
1111/2023
Nachtrag 16, zugesetzt 19.04.2023
- 12.19 Präventionsatlas als Status-quo Analyse: Begleitende Mitteilung zur Vorlage
0514/2023 Masterplan Kommunale Sicherheit: Sachstand, weiteres Vorgehen
und Bedarfsfeststellung
1046/2023
Nachtrag 18, zugesetzt 20.04.2023, Tischvorlage
- 12.20 Mitteilung zur Bürgereingabe "QR-Code für Parkausweis für Behinderte, Park-
platzsicherung mit Pollern", AZ.: 203/22
0653/2023
Nachtrag 19, zugesetzt 20.04.2023, Tischvorlage

II. Nichtöffentlicher Teil

- 19.1 Subventionsbericht zur Überlassung von Räumen / Immobilien aus dem Fis-
kalbesitz für soziale Einrichtungen 2022
0542/2023
von TOP 12.2 nach TOP 19.1 verschoben.

Der **Vorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** schlägt vor, TOP 3.1 zusammen mit den beiden Änderungsanträgen zu behandeln. Des Weiteren schlägt er vor, TOP 4.2 zusammen mit der entsprechenden Mitteilung unter TOP 12.7 zu behandeln. Zu TOP 12.5 schlägt er vor, diese Vorlage in die nächste Sitzung zu schieben, da hierzu im Ausschuss für Schule und Weiterbildung eine Mitteilung von Seiten der Verwaltung angekündigt sei. TOP 12.10 bittet er ebenfalls in die nächste Sitzung des Ausschusses zu schieben, da der **Beigeordnete Herr Dr. Rau** hierzu eine Präsentation angekündigt habe.

Die SPD schlägt vor, TOP 6.3 wegen Beratungsbedarfs zusammen mit TOP 12.19 in die nächste Sitzung zu schieben.

Frau Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen) bittet, TOP 4.1 und TOP 6.2 in die nächste Sitzung des Ausschusses zu schieben.

Herr Detjen (Die Linke) bittet, TOP 9.1 und TOP 9.2 zusammen zu beraten.

Frau Glashagen (Volt) bittet, TOP 12.20 in die nächste Sitzung zu schieben. Sie bittet die Verwaltung in diesem Zusammenhang, künftig darauf zu verzichten, Mitteilungen derart kurzfristig auf die Tagesordnung zu setzen.

Weitere Anregungen zur Änderung der Tagesordnung liegen nicht vor.

Der **Vorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** lässt über die so vorgeschlagene Tagesordnung abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.**

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Mündlicher Bericht des Dezernenten

B Mündlicher Bericht der Liga der Wohlfahrtsverbände

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Integration und Vielfalt

2.1 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Antrag Stadt AG Seniorenpolitik Öffnung der Bezirksrathäuser
AN/0616/2023

2.2 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

3.1 Entwicklung eines kommunalen Wohnungs- und Obdachlosenberichts
Gem. Antrag der Fraktionen von SPD und Die Linke vom 12.09.2022
AN/1627/2022

Änderungsantrag zu TOP 3.1 „Entwicklung eines kommunalen Wohnungs- und Obdachlosenberichts“ (AN/1627/2022)
Gem. Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und VOLT vom 16.11.2022
AN/2073/2022

TOP 3.1: Änderungsantrag zu TOP 3.1 „Entwicklung eines kommunalen Wohnungs- und Obdachlosenberichts,“ (AN/1627/2022)
Gem. Änderungsantrag von Bündnis90/Die Grünen, CDU, Volt, SPD, DIE LINKE und FDP
AN/0662/2023

- 3.2 Dringlichkeitsantrag zu TOP 12.17. Köln-Pass automatisch versenden
AN/0674/2023
- 4 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4.1 Antrag des Integrationsrates zur Sicherstellung der Gleichbehandlung von geflüchteten Personen sowie konsequente Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes
3112/2022
- 4.2 Förderprogramm "Dritte Orte" - Erste Genehmigung für die Förderphase 2023
0454/2023
- 4.3 Zuschuss an den anyway e.V. zur Strukturförderung, Sicherstellung und Stärkung von LSBTI-Jugendarbeit in Köln
hier: Mittelfreigabe für die Haushaltsjahre 2023 und 2024
0225/2023
- 4.4 Freigabe und Beauftragung von Mitteln des politischen Veränderungsnachweises zum Haushalt 2023/2024 für einen einmaligen Mietkostenzuschuss an den Träger Blau-Gelbes Kreuz e.V.
1095/2023
- 5 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 5.1 Verlängerung der Anmietung des Standortes Ringstr. 38-44 in 50996 Köln-Rodenkirchen zur Unterbringung von Geflüchteten
0922/2023
- 6 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 6.1 Sanierung Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof
0637/2023
- 6.2 Freigabe und Verteilung der über den politischen Veränderungsnachweis bereitgestellten 80.000 € für die Maßnahme "Interkulturelle Öffnung der Verwaltung (externe Beratung)"
0278/2023
- 6.3 Masterplan Kommunale Sicherheit: Sachstand, weiteres Vorgehen und Bedarfsfeststellung
0514/2023

7 Wohnen

8 Jobcenter Köln

8.1 Bericht des Jobcenter Köln
1027/2023

9 Aktuelle Situation von Geflüchteten in Köln

9.1 Sachstand Auszugsmanagement – Wohnraumakquise für Geflüchtete aus der Ukraine
0509/2023

9.2 Jahresbericht Auszugsmanagement für den Zeitraum 01.01.-31.12.2022
1009/2023

10 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Zeitnahe Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen als Voraussetzung für den Grundsicherungsbezug von Geflüchteten aus der Ukraine
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 06.05.2022
AN/1010/2022

Beantwortung einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu "Zeitnahe Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen als Voraussetzung für den Grundsicherungsbezug von Geflüchteten aus der Ukraine"
0729/2023

10.1.2 Digitale Teilhabe: Wie viele Offliner*innen leben in Köln?
Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.02.2023.
AN/0331/2023

Beantwortung der Anfrage AN/0331/2023 Digitale Teilhabe: Wie viele Offliner*innen leben in Köln?
1192/2023

10.1.3 Berichtswesen Wohnungslose/Obdachlose Menschen
Gem. Anfrage der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, SPD, FDP und Die Linke vom 16.01.2023
AN/0048/2023

Berichtswesen Wohnungslose/Obdachlose Menschen (Anfrage AN/0048/2023 der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP, Die Linke sowie Volt)
1052/2023

- 10.1.4 Anfrage des Sachkundigen Einwohners Intveen (Behindertenvertretung) zur Barrierefreiheit öffentlicher Toiletten vom 22.02.2023
AN/0300/2023
- 10.1.5 Anfrage: Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in der Kommune des SE Krücker vom 10.03.2023
AN/0545/2023
- 10.1.6 Fehlende Blindenleitsysteme am Seiteneingang des Rathauses (Spanischer Bau)
Beantwortung einer mündlichen Anfrage vom 02.03.2023 durch Frau Glashagen (Volt Fraktion)
0860/2023
- 10.1.7 Benennung und Konkretisierung von Themen des regelmäßigen Austausches der Behindertenbeauftragten mit den Mitgliedern der Werkstatträte und den Frauenbeauftragten der Werkstätten
Beantwortung einer Anfrage aus dem Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern vom 06.03.2023.
0876/2023
- 10.1.8 Beantwortung der Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Stillfreundliche Kommune" AN/0222/2023
0627/2023
- 10.1.9 Konzept der Stadt Köln für die Einrichtung von genderneutralen Toiletten an Schulen und in städtischen Gebäuden - Beantwortung einer mündlichen Nachfrage aus dem Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren vom 02.03.2023
4195/2022/1
- 10.1.10 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler
Sachstand zur Projektumsetzung (Stand: März 2023)
0835/2023
- 10.1.11 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der AfD Fraktion zu "Schleuserskandal in Köln"
1252/2023
- 10.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen
- 10.2.1 Anfrage Frau Dr. Köhler zu Leistungen nach dem SGB XII vom 11.04.2023
AN/0623/2023
- 10.2.2 Nächtliche Unterbringung von obdachlosen Menschen mit Hunden in Köln
Gem. Anfrage der Fraktionen von Fraktion Bündnis90/Die Grünen, CDU und Volt vom 17.04.2023
AN/0641/2023

11 Mündliche Anfragen

12 Mitteilungen

- 12.1 Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen zur wissenschaftlichen Begleitung der Umsetzung des Drogenhilfekonzeptes 2022
0589/2023
- 12.2 Subventionsbericht zur Überlassung von Räumen / Immobilien aus dem Fiskalbesitz für soziale Einrichtungen 2022
wird im nichtöffentlichen Teil behandelt
- 12.3 Änderungen der Wohnraumförderung 2023 einschließlich einer Übersicht der bezugsfertigen Wohnungen 2017 bis 2022
0927/2023
- 12.4 Sparkasse KölnBonn
Antwortschreiben zum Schreiben auf Grund der Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik (0521/2023)
0938/2023
- 12.5 Mittelbewirtschaftung im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) Sachstand 2022
0373/2023
- 12.6 Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln (Competentia NRW) – Abschlussbericht zur dritten Förderphase vom 01.09.2018 bis 31.10.2022 und mögliche Anschlussperspektive
0723/2023
- 12.7 Mitteilung Förderprogramm "Dritte Orte" - Vierte Genehmigung für die Förderphase 2022 ff.
0459/2023
- 12.8 Sachstandsbericht Starke Veedel - Starkes Köln
0690/2023
- 12.9 Welcome-Point Cologne (WPC) am Breslauer Platz / Hauptbahnhof
1113/2023
- 12.10 Geschäftsbericht Wohnen in Köln 2020/2021 - Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2020/2021; Ausblick
0762/2023
- 12.11 Planung bzw. Priorisierung der Verwaltung hinsichtlich der Sozialhäuser
1147/2023
- 12.12 Anfrage zu W-LAN am Wohnheim für Geflüchtete Poller Holzweg
Beantwortung einer Anfrage aus dem Integrationsrat
1197/2023

- 12.13 Sachstandsmitteilung zur Umsetzung Stärkungspakt NRW
1151/2023
- 12.14 Mietspiegelreform
1182/2023
- 12.15 Bevölkerungsentwicklung in Köln 2022
0948/2023
- 12.16 Leerzug Gummersbacher Straße 25
1128/2023
- 12.17 Dringlichkeitsantrag AN/0411/2023 - Köln-Pass automatisch versenden
Stellungnahme der Verwaltung
1206/2023
- 12.18 Projektfortschritt NEUmarkt – Maßnahmen zur Aufwertung des Neumarkts
1111/2023
- 12.19 Präventionsatlas als Status-quo Analyse: Begleitende Mitteilung zur Vorlage
0514/2023 Masterplan Kommunale Sicherheit: Sachstand, weiteres Vorgehen
und Bedarfsfeststellung
1046/2023
- 12.20 Mitteilung zur Bürgereingabe "QR-Code für Parkausweis für Behinderte, Park-
platzsicherung mit Pollern", AZ.: 203/22
0653/2023

I. Öffentlicher Teil

A Mündlicher Bericht des Dezernenten

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt mit, dass die Antragsmöglichkeiten für Mittel aus dem „[Stärkungspakt NRW – gemeinsam gegen Armut](#)“ nunmehr im Internet freigeschaltet seien und Anträge auf Unterstützungsleistungen des Landes NRW durch Träger der Freien Wohlfahrtspflege, Kirchen- und Moscheegemeinden, Verbände, Vereine und Stiftungen zur eigenständigen Umsetzung gestellt werden könnten. **Herr Beigeordneter Dr. Rau** bittet, hiervon Gebrauch zu machen und die Mittel zu nutzen.

Zum neu veröffentlichten und aktualisierten Kölner Mietspiegel führt **Herr Beigeordneter Dr. Rau** aus, dass dieser auf über 30.000 Datensätze zurückgehe und auch auf Grund dessen deutschlandweit renommiert und nachgefragt sei. Das Prinzip sei auch vor den Gerichten sehr anerkannt. Derzeit würden die rechtlichen Regelungen zur Erstellung künftiger Mietspiegel abgewartet.

Zu den Auszahlungen des Wohngeldes auf Grund der Wohngeldnovelle teilt **Herr Beigeordneter Dr. Rau** mit, dass ca. 10.000 noch nicht bearbeitete neue Anträge vorliegen. Insgesamt seien bereits 87 Personen ausgewählt, die neu in der Wohngeldstelle eingestellt werden. 41 Personen hiervon hätten ihren Dienst bei der Wohngeldstelle bereits aufgenommen. Im April 2023 würden weitere 30 und im Oktober 2023 weitere 16 Personen ihren Dienst bei der Wohngeldstelle beginnen. Bedauerlich sei, dass trotz der Zusetzungen weiteren Personals der Antragsstau weiter bestehe. Zu begrüßen sei, dass Mitarbeitende der Wohngeldstelle freiwillig auch an Samstagen arbeiten, um diesen Rückstau abzubauen. Bei eventuell bekanntwerdenden Notfällen werde es individuelle Einzelfalllösungen geben.

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** bittet, bei der konkreten Ausgestaltung eines künftigen, qualifizierten Mietspiegels auch Expert*innen anderer Kommunen, welche bereits einen solchen Mietspiegel haben, zu Rate zu ziehen.

Herr Detjen (Die Linke) dankt für den Bericht und bittet die Verwaltung, zum Thema Wohngeld die Entwicklung der Fallzahlen im Vergleich zum Zeitpunkt der letzten Sitzung des Ausschusses darzulegen, sowie um Auskunft darüber, in wie vielen Fällen Abschlagzahlungen geleistet wurden.

Zum Thema „Energieentwicklung“ bittet **Herr Detjen (Die Linke)** darum, die Entwicklung hinsichtlich der Stromsperrern sowie der Inanspruchnahme des Härtefallfonds zu erläutern.

Frau Kerscher (Amtsleiterin, Amt für Wohnungswesen) teilt folgende Zahlen mit:

	Eingegangene Anträge	Durchschnitt pro Monat	Bewilligte Anträge	Durchschnitt pro Monat
Jan. bis März 2023	9.725	3.241	5.941	1.980
Jan. bis März 2022	6.171	2.057	7.621	2.450

Sie macht auf die notwendige Einarbeitungszeit der neuen Mitarbeiter*innen der Wohngeldstelle aufmerksam und bittet dies bei der Bewertung der Zahlen zu berücksichtigen. Es sei aber künftig mit einem Ansteigen der Bewilligungen zu rechnen.

Herr Gatana (RheinEnergie AG) teilt mit, dass sich die Prognose des Unterstützungsbedarfs des Härtefallfonds, welcher mit 1 Million Euro ausgestattet wurde, nicht eingestellt habe. Es seien bisher nur gemäßigt Anträge eingegangen und es seien bisher 12.193 Euro aus den Mitteln des Härtefallfonds ausgeschüttet worden.

Ein großer Anteil der Ablehnungen sei auf ein zu hohes Einkommen zurückzuführen.

Als der [Härtefallfonds](#) im Oktober 2022 eingerichtet wurde, sei dieser nur für Gas- und Wärmekunden vorgesehen gewesen und sei von der RheinEnergie AG rückwirkend auch für Stromkunden zugänglich gemacht worden. Von April 2022 bis Ende März 2023 konnte bei 3.702 Menschen eine Sperrung der Energieversorgung durch Unterstützungsmaßnahmen verhindert werden. Von April 2022 bis Ende März 2023 wurden 1.851 Stromsperrungen durchgeführt. Die Tendenz bei Sperrungen sei weiterhin rückläufig.

Zur Kenntnis genommen.

B Mündlicher Bericht der Liga der Wohlfahrtsverbände

Herr Krücker (Caritasverband für die Stadt Köln e.V.) begrüßt für die freien Wohlfahrtsverbände die Ausführungen von **Herrn Gatana (RheinEnergie AG)** zum Härtefallfonds der RheinEnergie. Er finde es positiv, dass grundsätzlich solch ein Hilfesystem bestehe, auch wenn es letztendlich nicht in dem Maße wie befürchtet in Anspruch genommen werde.

Ebenfalls positiv bewertet **Herr Krücker**, dass zwischenzeitlich die ersten Punkte des NRW-Stärkungspaktes auf dem Tisch lägen und hierzu heute auch im Ausschuss beraten werde. In Bezug auf die individuellen Hilfen müsse nun ein vernünftiges System entwickelt werden.

Für die freie Wohlfahrtspflege wichtig sei das Thema der Tarifentwicklung, hinsichtlich derer zwischenzeitlich das Angebot der Schlichtung vorliege. Er wünsche sich einen fairen Interessenausgleich zwischen den Kommunen und den freien Wohlfahrtsverbänden im Hinblick auf die zu erwartenden Belastungen der Freien Wohlfahrtsverbände.

Zur Kenntnis genommen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Integration und Vielfalt

2.1 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Antrag Stadt AG Seniorenpolitik Öffnung der Bezirksrathäuser AN/0616/2023

Herr Beigeordneter Dr. Rau schlägt vor, zur nächsten Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR) eine Vorlage zur aktuellen Entwicklung der Öffnungszeiten und der Ansprechbarkeiten zu erstellen.

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen) schlägt vor, so zu verfahren und den Antrag der Stadt AG Seniorenpolitik in den AVR zu verweisen.

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.2 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

Zurückgestellt in die nächste Sitzung des Ausschusses am 25.05.2023.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

3.1 Entwicklung eines kommunalen Wohnungs- und Obdachlosenberichts Gem. Antrag der Fraktionen von SPD und Die Linke vom 12.09.2022 AN/1627/2022

Von den antragstellenden Fraktionen SPD und Die Linke zurückgezogen.

**Änderungsantrag zu TOP 3.1 „Entwicklung eines kommunalen Wohnungs- und Obdachlosenberichts“ (AN/1627/2022)
Gem. Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und VOLT vom
16.11.2022
AN/2073/2022**

Von den antragstellenden Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt zurückgezogen.

**TOP 3.1: Änderungsantrag zu TOP 3.1 „Entwicklung eines kommunalen Wohnungs- und Obdachlosenberichts,, (AN/1627/2022)
Gem. Änderungsantrag von Bündnis90/Die Grünen, CDU, Volt, SPD, DIE LINKE und FDP
AN/0662/2023**

Herr Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich bei allen Beteiligten, dass es nunmehr gelungen sei einen abgestimmten Änderungsantrag zu stellen. Er sieht es als ausreichend an, im Jahr 2023 einen Bericht und ab 2024 jeweils zwei Halbjahresberichte von der Verwaltung zu erhalten.

Frau Teschlade (SPD) bittet die Verwaltung um Auskunft darüber, wann mit dem ersten Bericht zu rechnen sei.

Frau Dr. Robinson (Amtsleiterin, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren) teilt mit, dass man sich an der Berichterstattung auf Bundesebene orientiere und das Datum für den ersten Bericht zur Niederschrift bekanntgeben werde.

Beschluss:

1. Die Verwaltung entwickelt ein halbjähriges Berichtswesen, das die Situation von wohnungs- und obdachlosen Menschen in Köln darstellt. Dabei sollen sowohl die Landes- als auch die Bundesstatistik berücksichtigt werden.
2. Jedes Jahr soll einem Bericht ein Schwerpunkt gegeben werden, so sollen auch Daten dargestellt werden, die ansonsten (halb-)jährig nicht dargestellt werden können. Diese Schwerpunktsetzung kann beispielsweise die spezifischen Problemlagen und

Hilfen für wohnungs- und obdachlose Frauen oder die Bedarfe von und Angebote für obdachlose Menschen mit Hunden sein.

3. Nach Fertigstellung des angekündigten Controlling- und Berichtswesens sollen weitere verfügbare Daten und Zahlen ebenfalls in den Berichten aufgenommen werden.

4. Grundlage für das Berichtswesen sind die verfügbaren Daten, wie in der Antwort der Verwaltung [1052/2023](#). Dazu zählen u.a.:

- Die Anzahl, der Familienstand, das Geschlecht und Alter ordnungsbehördlich und sozialrechtlich untergebrachter Personen.
- Anzahl der Unterbringungen in Übergangswohnungen, Sozialhäusern, Notunterkünften, Beherbergungsbetrieben und Zielgruppenobjekten wie z. B. Familienunterkünften ergänzt durch Anzahl der durch Housing First versorgten Menschen.
- Themen und Erfahrungen aus dem Kölner Konzept gegen Wohnungslosigkeit.

5. Für nachfolgende Daten, reicht eine jährliche Darstellung:

- Übersicht zu den bestehenden und kommunal (teil)finanzierten Angeboten der Stadt Köln selbst und der Träger. Übersicht über die Arbeit der Ämter bei Bauprojekten, Personal- und Kostenentwicklung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Dringlichkeitsantrag zu TOP 12.17. Köln-Pass automatisch versenden AN/0674/2023

Anmerkung der Schriftführung: Der Dringlichkeitsantrag wurde im Rahmen der Festsetzung der Tagesordnung unter TOP 3.2 einsortiert und wird gemeinsam mit TOP 12.17 behandelt [1206/2023](#) „Köln-Pass automatisch versenden“ behandelt. Wortbeiträge sind zur besseren Übersichtlichkeit unter dem Dringlichkeitsantrag zusammengefasst.

Frau Glashagen (Volt) führt für die Antragsteller aus, dass die Mitteilung der Verwaltung nicht dazu führen dürfe, dieses Thema nicht weiter zu verfolgen. Die Verwaltung sei aufgefordert - dies solle der vorliegende Antrag unterstreichen - einen Weg zur Umsetzung des Beschlusses hinsichtlich der Versendung von Köln-Pässen zu finden, welche die datenschutzrechtlichen Vorgaben erfülle.

Nach einer ausführlichen Diskussion hinsichtlich der datenschutzrechtlichen Problematik eines automatischen Versands, wird von **Frau Glashagen (Volt)** vorgeschlagen, das Wort „automatisch“ aus der Überschrift des Antrags zu streichen und die Verwaltung entsprechend des Beschlusstextes mit der Suche nach Möglichkeiten der Umsetzung des Beschlusses zu beauftragen.

Ausschussvorsitzender Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen) lässt über den Vorschlag abstimmen.

Anmerkung der Schriftführung: Eine Änderung des Titels einer bereits im Ratsinformationssystem eingestellten und veröffentlichten Vorlage ist aus Gründen der Nachverfolgbarkeit des Vorgangs nicht umsetzbar.

Beschluss:

Die Verwaltung und das JobCenter werden gebeten, in Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten der Stadt Köln eine Lösung zu entwickeln, wie der Köln-Pass

datenschutzkonform an Empfänger*innen von SGB II Leistungen, Wohngeld- oder Kinderzuschlagleistungen oder Beziehenden einer Kriegsofopferfürsorge erleichtert ausgestellt oder geschickt werden kann.

Das Ergebnis der Prüfung soll dem Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren vorgelegt werden.

I. Abstimmung über die Streichung „automatisch“ in der Überschrift der Vorlage:

Einstimmig bei Enthaltung der FDP und Die Linke zugestimmt.

II Abstimmung über den so geänderten Antrag:

Einstimmig bei Enthaltung der FDP und Die Linke zugestimmt.

4 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Antrag des Integrationsrates zur Sicherstellung der Gleichbehandlung von geflüchteten Personen sowie konsequente Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes 3112/2022

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses am 25.05.2023 geschoben.

4.2 Förderprogramm "Dritte Orte" - Erste Genehmigung für die Förderphase 2023 0454/2023

Anmerkung der Schriftführung: Die Vorlage wird zusammen mit TOP 12.7 [0459/2023](#) „Mitteilung Förderprogramm "Dritte Orte" - Vierte Genehmigung für die Förderphase 2022 ff.“ behandelt. Wortbeiträge sind zur besseren Übersichtlichkeit unter TOP 4.2 zusammengefasst.

Frau Dierksmeier (Bündnis 90/Die Grünen) bittet die Verwaltung um Mitteilung, ob zwischenzeitlich weitere Anträge eingegangen seien und ob sichergestellt sei, dass die im Förderprogramm bereitgestellten Mittel tatsächlich verausgabt werden.

Frau Dr. Robinson (Amtsleiterin, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren) teilt mit, dass derzeit keine Anträge vorliegen, die nicht entschieden seien. Aktuell würden telefonische Anfragen beraten mit dem Ziel, sie zu Anträgen weiterzuentwickeln. Soweit die Antragslage keine Verausgabung der Mittel 2023 befürchten lässt, wird ein erneuter Förderaufruf starten. Bis Ende 2024 sind noch Projektförderungen bzw. Baukosten-/Technikzuschüsse möglich.

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt auf der Grundlage

des vom Rat am 08.09.2022 beschlossenen aktualisierten Förderprogramms (Vorlagen-Nr. [2048/2022](#)) die Förderung der in der beiliegenden Anlage 1 aufgelisteten eingetragenen Vereine aus dem Kölner Stadtgebiet in Höhe von insgesamt 44.335,00 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**4.3 Zuschuss an den anyway e.V. zur Strukturförderung, Sicherstellung und Stärkung von LSBTI-Jugendarbeit in Köln
hier: Mittelfreigabe für die Haushaltsjahre 2023 und 2024
0225/2023**

Herr Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich bei der Verwaltung, insbesondere beim Amt für Integration und Vielfalt, für diese Vorlage, mit welcher nunmehr Mittel, welche aus dem politischen Veränderungsnachweis zur Verfügung gestellt wurden, zum Erhalt und der weiteren Förderung des queeren Jugendzentrums anyway e.V. freigegeben werden können.

Herr Detjen (Die Linke) und **Frau Scho-Antwerpes (SPD)** begrüßen die weitere Unterstützung des queeren Jugendzentrums anyway e.V. in seinen wichtigen Aufgaben.

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von jeweils 60.000 € für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 für die Maßnahme „Anyway (Strukturförderung)“. Die Mittel wurden im Rahmen des politischen Veränderungsnachweises zum Haushaltsplan 2023/2024 im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in den Haushaltsjahren 2023/2024 inklusive Mittelfristplanung zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**4.4 Freigabe und Beauftragung von Mitteln des politischen Veränderungsnachweises zum Haushalt 2023/2024 für einen einmaligen Mietkostenzuschuss an den Träger Blau-Gelbes Kreuz e.V.
1095/2023**

Herr Erkelenz (CDU) hebt die besondere und wichtige Arbeit des Trägers „Blau-Gelbes Kreuz e.V.“ hervor und begrüßt die Unterstützung.

Herr **Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 50.000 € für einen einmaligen Mietkostenzuschuss an den Träger „Blau-Gelbes Kreuz e.V.“ als Unterstützung des Vereins. Der Zuschuss soll aus Mitteln finanziert werden, die im Rahmen des politischen Veränderungsnachweises zum

Haushaltsplan 2023/2024 im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen im Haushaltsjahr 2023 zur Verfügung gestellt wurden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5 Ausschussempfehlungen an den Rat

5.1 Verlängerung der Anmietung des Standortes Ringstr. 38-44 in 50996 Köln-Rodenkirchen zur Unterbringung von Geflüchteten 0922/2023

Herr Petelkau (CDU) regt an, dass die Verwaltung in einer Übersicht darüber informiere, wie sich die unterschiedlichen Preise in den verschiedenen Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete ergeben, um einen Vergleichsmaßstab zu erhalten.

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Verlängerung der Anmietung des Objektes Ringstr 38 - 44 über den derzeit bis zum 30.11.2023 vereinbarten Festmietzeitraum hinaus. Die Anmietung des Standortes mit 491 Unterbringungsplätzen wird verlängert vom 01.12.2023 bis 31.03.2025.

Die Verwaltung wird beauftragt, den bestehenden Mietvertrag entsprechend anzupassen.

Durch die weitere und längerfristige Nutzung des Objektes ist das Objekt mit einer Internetversorgung auszustatten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen.

6 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6.1 Sanierung Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof 0637/2023

Frau Teschlade (SPD) bittet die Verwaltung um Mitteilung der geplanten Schließungszeiten während der Sanierung. Sie bittet auch um Auskunft zum Sachstand zum Drogenhilfeangebot in Porz.

Frau Glashagen (Volt) bittet in diesem Zusammenhang um Mitteilungen, wann das geplante Drogenhilfeprojekt in Porz starten werde.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der **Ausschussvorsitzende Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Gesundheitsausschuss wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Gesundheitsausschuss beschließt, sich einmalig an den Sanierungskosten des Drogenkonsumraumes am Hauptbahnhof in Trägerschaft des Sozialdienst Katholischer Männer Köln e.V. (SKM) mit einem Zuschuss in Höhe von 208.373,80 € zu beteiligen. Die weiteren Kosten trägt der SKM.
2. Die Beteiligung an den Sanierungskosten in Höhe von 208.373,80 € fällt einmalig im Haushaltsjahr 2023 an. Die Aufwandsermächtigung für die Sanierung des Drogenkonsumraumes am Hauptbahnhof in Höhe von 208.373,80 € im Haushaltsjahr 2023 steht im Haushaltsplan 2023/2024 im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste, in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen zur Verfügung. Die Mittel wurden eingeplant für das Drogenhilfeangebot Porz welches entgegen der Planung 2023 noch nicht in Betrieb geht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen.

6.2 Freigabe und Verteilung der über den politischen Veränderungsnachweis bereitgestellten 80.000 € für die Maßnahme "Interkulturelle Öffnung der Verwaltung (externe Beratung)" 0278/2023

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses geschoben.

6.3 Masterplan Kommunale Sicherheit: Sachstand, weiteres Vorgehen und Bedarfsfeststellung 0514/2023

Frau Glashagen (Volt) bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wer sind die Stakeholder/Expert*innen?
2. Wer wird gefragt? Ist zum Beispiel EDELGARD dabei? Sind die Seniorenvertretungen, Frauenvertretungen, der Kinderschutzbund einbezogen?

Die Verwaltung antwortet wie folgt:

1. Die Expert*innen-Interviews sind Bestandteil der wissenschaftlichen Begleitung durch eine Universität/ Hochschule und werden im Einzelnen noch ermittelt. Fest steht bereits, dass es sich um für die Stadt Köln relevante Stakeholder handeln wird.
2. Die Expert*innen-Einbindung kann nur zu repräsentativen Aussagen führen, wenn sie einen multiperspektivischen Ansatz hat. Bereits im vorliegenden Präventionsatlas wird deutlich, wie breit die Präventionslandschaft in Köln aufgestellt ist. Da die genannten Institutionen u.a. zu den relevanten Protagonisten zählen, werden sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch befragt. Die endgültige Entscheidung fällt jedoch in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Forschungseinrichtung (Universität/ Hochschule).

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses am 25.05.2023 geschoben.

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses am 25.05.2023 geschoben.

7 Wohnen

8 Jobcenter Köln

8.1 Bericht des Jobcenter Köln 1027/2023

Herr Ladenberger (Bündnis 90/Die Grünen) bittet hinsichtlich der Integrationszahlen bei schwerbehinderten Menschen um Auskunft darüber, warum die Zahlen Februar 2020 im Vergleich zu Februar 2023 geringer ausgefallen seien.

Herr Detjen (Die Linke) bittet in Bezug auf das Kundenreaktionsmanagement um Auskunft zu der Anzahl der Beschwerden, welchen stattgegeben wurde.

Frau Mendez (Jobcenter Köln) teilt mit, dass die Zahlen der Integration schwerbehinderter Menschen rückläufig seien und dass in der Trägerversammlung beschlossen wurde, diesem Thema mehr Aufmerksamkeit zu widmen und voraussichtlich zwei Reha-Schwerbehinderten-Teams gebildet werden. Zwei Kolleg*innen befassen sich intensiv mit diesem Thema und machen darauf aufmerksam, dass gegenüber den Arbeitgebern sehr viel Überzeugungsarbeit notwendig sei, um sie zur Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderungen zu bewegen.

Herr Feles (Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik) bittet um Auskunft darüber, in wie vielen Fällen eine Ersatzabgabe, welche Arbeitnehmer entrichten müssen, die keine schwerbehinderten Menschen einstellen, eingezogen wurden und in welcher Höhe diese Ersatzabgabe erhoben werde.

Frau Mendez (Jobcenter Köln) sagt eine schriftliche Beantwortung zu und macht im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung auf einen Artikel in der „Kölner Wirtschaft“ aufmerksam, in welchem das Jobcenter für eine Einstellung von Menschen mit einer Schwerbehinderung geworben habe.

Anmerkung der Schriftführung: Der Artikel ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Frau Hoyer (FDP) lobt das durchgeführte JobSpeedDating im RheinEnergie Stadion speziell für Frauen, welches, insbesondere im Hinblick darauf wie Frauen in die Integration gebracht werden können, ein großer Erfolg war.

Frau Teschlade (SPD) bittet hinsichtlich der Umstellung auf das Bürgergeld um Auskunft darüber, ob hier Probleme im Bereich des Jobcenters Köln entstanden seien.

Herr Hilleke (Bündnis 90/Die Grünen) bittet, im Hinblick auf die Steigerung der Kosten zum Lebensunterhalt um Auskunft, ob dies mit dem Bürgergeld zusammenhänge. Ferner bittet er um Darlegung der Umstände, welche zu einem Sinken der Anzahl der Langzeitbezieher*innen geführt hätten.

Frau Mendez (Jobcenter Köln) erläutert, dass im Zeitraum von Januar bis März 2023 ca. 1.300 mehr Anträge als im Vergleich zum Vorjahr eingegangen seien. Zum Thema Antragsstellung von Bürgergeld zur „Wohngeldüberbrückung“ oder „Einmalzahlung Energie“ konnte bisher kein großer Anstieg vermerkt werden. Intern werden die Mitarbeiter*innen intensiv geschult, um den Menschen zeitnah die Leistungen auszahlen zu können.

Langzeitleistungsbezieher*innen seien im Rahmen der täglichen Integrationsarbeit im Blick. Sie würden beim Einladungsmanagement der Integrationsfachkräfte berücksichtigt und würden auch angesichts der aktuellen Arbeitsmarktsituation integriert bzw. wieder fündig.

Zur Kenntnis genommen.

9 Aktuelle Situation von Geflüchteten in Köln

9.1 Sachstand Auszugsmanagement – Wohnraumakquise für Geflüchtete aus der Ukraine 0509/2023

Anmerkung der Schriftführung: Die Vorlage wird zusammen mit TOP 9.2 „Jahresbericht Auszugsmanagement für den Zeitraum 01.01.-31.12.2022“ behandelt. Wortbeiträge sind, zur besseren Übersichtlichkeit, unter TOP 9.1 zusammengefasst.

Herr Detjen (Die Linke) empfiehlt der Verwaltung zu Vorlage [0509/2023](#) eine bessere Darstellung hinsichtlich der durch das Auszugsmanagement vermittelten Wohnungen. Es werde suggeriert, dass mehr als eine Dienststelle/Fachgruppe beteiligt gewesen sei.

Der Verwaltung nimmt die Anregung zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

9.2 Jahresbericht Auszugsmanagement für den Zeitraum 01.01.-31.12.2022 1009/2023

Anmerkung der Schriftführung: Die Vorlage wird zusammen mit TOP 9.1 „Sachstand Auszugsmanagement– Wohnraumakquise für Geflüchtete aus der Ukraine“ behandelt. Wortbeiträge sind, zur besseren Übersichtlichkeit, unter TOP 9.1 zusammengefasst.

Zur Kenntnis genommen.

10 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Zeitnahe Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen als Voraussetzung für den Grundsicherungsbezug von Geflüchteten aus der Ukraine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 06.05.2022 AN/1010/2022

Durch Kenntnisnahme der Beantwortung erledigt.

**Beantwortung einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu "Zeitnahe Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen als Voraussetzung für den Grundsicherungsbezug von Geflüchteten aus der Ukraine"
0729/2023**

Herr Detjen (Die Linke) bedankt sich für die Beantwortung.

Zur Kenntnis genommen.

**10.1.2 Digitale Teilhabe: Wie viele Offliner*innen leben in Köln?
Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.02.2023.
AN/0331/2023**

Durch Kenntnisnahme der Beantwortung erledigt.

**Beantwortung der Anfrage AN/0331/2023 Digitale Teilhabe: Wie viele Off-
liner*innen leben in Köln?
1192/2023**

Herr Beigeordneter Dr. Rau merkt von Seiten der Verwaltung an, dass reine Rechercheanfragen nicht das laufende Geschäft der Verwaltung seien. Die Aufgaben eines wissenschaftlichen Dienstes könnten von der Verwaltung nicht geleistet werden und bänden Personalressourcen, welche an anderen Stellen benötigt würden.

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass der Ausschuss dies zur Kenntnis nehme.

Zur Kenntnis genommen.

**10.1.3 Berichtswesen Wohnungslose/Obdachlose Menschen
Gem. Anfrage der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt,
SDP, FDP und Die Linke vom 16.01.2023
AN/0048/2023**

Durch Kenntnisnahme der Beantwortung erledigt.

**Berichtswesen Wohnungslose/Obdachlose Menschen (Anfrage
AN/0048/2023 der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP,
Die Linke sowie Volt)
1052/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**10.1.4 Anfrage des Sachkundigen Einwohnere Intveen (Behindertenvertretung)
zur Barrierefreiheit öffentlicher Toiletten
vom 22.02.2023
AN/0300/2023**

Die Beantwortung durch die Verwaltung steht aus. In die nächste Sitzung des Ausschusses am 25.05.2023 geschoben.

**10.1.5 Anfrage: Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in der
Kommune des SE Krücker vom 10.03.2023
AN/0545/2023**

Die Beantwortung durch die Verwaltung steht aus. In die nächste Sitzung des Ausschusses am 25.05.2023 geschoben.

**10.1.6 Fehlende Blindenleitsysteme am Seiteneingang des Rathauses (Spanischer Bau)
Beantwortung einer mündlichen Anfrage vom 02.03.2023 durch Frau Glashagen (Volt Fraktion)
0860/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**10.1.7 Benennung und Konkretisierung von Themen des regelmäßigen Austausches der Behindertenbeauftragten mit den Mitgliedern der Werkstatträte und den Frauenbeauftragten der Werkstätten
Beantwortung einer Anfrage aus dem Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern vom 06.03.2023.
0876/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**10.1.8 Beantwortung der Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Stillfreundliche Kommune" AN/0222/2023
0627/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**10.1.9 Konzept der Stadt Köln für die Einrichtung von genderneutralen Toiletten an Schulen und in städtischen Gebäuden - Beantwortung einer mündlichen Nachfrage aus dem Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren vom 02.03.2023
4195/2022/1**

Herr Feles (Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik) bittet, auch Menschen mit Schwerbehinderung oder körperlichen Einschränkungen bei der Einrichtung von genderneutralen Toiletten nicht zu vergessen.

Zur Kenntnis genommen.

**10.1.10 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler
Sachstand zur Projektumsetzung (Stand: März 2023)
0835/2023**

Herr Detjen (Die Linke) bedankt sich für die Mitteilung und das Engagement der Verwaltung. Er bittet in Bezug auf den Linoclub um eine aktuelle Sachstandsmitteilung

Herr Erkelenz (CDU) bittet die Verwaltung um Auskunft hinsichtlich der Zeitverzögerung und Kostenerhöhung im Zusammenhang mit dem Umbau der OT Lindweiler zu einem Generationenhaus des Linoclubs und zu der bestehenden Gefahr, dass Ende 2024 Mittel verfallen könnten. Er wäre sehr schade, so **Herr Erkelenz (CDU)**, wenn ausgerechnet das Kernprojekt des 2014 beschlossenen Handlungskonzeptes gefährdet sei.

Herr Beigeordneter Dr. Rau sagt eine Weitergabe an die zuständige Verwaltung zu.

Zur Kenntnis genommen.

10.1.11 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der AfD Fraktion zu "Schleuser-skandal in Köln" 1252/2023

Zur Kenntnis genommen.

10.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

10.2.1 Anfrage Frau Dr. Köhler zu Leistungen nach dem SGB XII vom 11.04.2023 AN/0623/2023

Die Beantwortung durch die Verwaltung steht aus. In die nächste Sitzung des Ausschusses am 25.05.2023 geschoben.

10.2.2 Nächtliche Unterbringung von obdachlosen Menschen mit Hunden in Köln Gem. Anfrage der Fraktionen von Fraktion Bündnis90/Die Grünen, CDU und Volt vom 17.04.2023 AN/0641/2023

Die Beantwortung durch die Verwaltung steht aus. In die nächste Sitzung des Ausschusses am 25.05.2023 geschoben.

11 Mündliche Anfragen

Herr Hilgers (SPD) bittet die Verwaltung um Auskunft darüber, ob NRW-weit ein Sozialticket eingeführt und wie in Köln mit den Tickets der Köln-Pass Inhaber*innen verfahren werde, welche aktuell 37,10 Euro im Abo entrichten. Er bittet die Verwaltung um Auskunft, ob hier -auch hinsichtlich des Geltungsumfangs- Anpassungen zum Deutschlandticket geplant seien.

Frau Dr. Robinson (Amtsleiterin, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren) teilt mit, dass die Verwaltung in engem Kontakt und Austausch mit dem Land NRW und der KBV stehe. Insbesondere sei noch nicht geklärt, welcher Personenkreis einbezogen werde. Die Verwaltung werde, auch im Austausch mit der KVB, die Informationen an den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren weitergeben.

Hinsichtlich der Köln-Pass Inhaber*innen verweist **Frau Dr. Robinson (Amtsleiterin, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren)** an den politischen Entscheidungsträger.

Frau Hoyer (FDP) bitte die Verwaltung zur Thematik „Betreuungsvereine“ um Mitteilung, wann mit einer Auszahlung der Gelder zu rechnen sei.

Frau Dr. Robinson (Amtsleiterin, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren) teilt mit, dass die Verwaltung davon ausgehe, zu einer der nächsten Sitzung des Ausschusses eine entsprechende Vorlage einbringen zu können.

Herr Detjen (Die Linke) bittet die Verwaltung um Mitteilung zum vorgesehenen kurzfristigen Auszug von 10 Mietparteien aus dem Gebäude Wallstraße 31. Für das Objekt liege keine entsprechende Nutzungsgenehmigung vor und es sei auch kein Bauantrag gestellt, so dass aus Sicht der Verwaltung eine illegale Vermietung vorliege. Wie geht die Verwaltung mit dieser Situation um, um Wohnungslosigkeit zu verhindern und besteht die Möglichkeit ggf. ein Moratorium vorzunehmen?

Frau Kerscher (Amtsleiterin, Amt für Wohnungswesen) macht darauf aufmerksam, dass hier die Bauaufsicht federführend zuständig sei. Die Frage werde zur Beantwortung weitergereicht.

12 Mitteilungen

12.1 **Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen zur wissenschaftlichen Begleitung der Umsetzung des Drogenhilfekonzeptes 2022 0589/2023**

Frau Glashagen (Volt) bedankt sich für die Mitteilung und bittet die Verwaltung um Mitteilung, bis wann mit dem aktuellen Suchtbericht zu rechnen sei und ob die Stadt Köln sich als Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis bewerben möchte. Falls dies nicht der Fall sein sollte, aus welchen Gründen nicht und was würde benötigt, damit die Stadt Köln sich bewerben könnte.

Frau Hoyer (FDP) bittet die Verwaltung um Mitteilung, ob Polizei und Ordnungsamt bei der Schaffung von Steuerungs- und Planungsgremien berücksichtigt würden.

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt mit, dass Polizei und Ordnungsamt bei jedem einzelnen Drogenkonsumraum als Ordnungsbehörden mit einbezogen seien. Dies sei Konzept der Ordnungspartnerschaft.

Die Verwaltung erstelle zurzeit ein neues Drogenhilfe-Konzept, welches wahrscheinlich Ende 2023 vorliegen werde. Hierzu werde die Verwaltung im Herbst 2023 auch die sozial- und gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktionen zu einem Fachgespräch einladen.

Zur Cannabisabgabe teilt **Herr Beigeordneter Dr. Rau** mit, dass sowohl die Gesundheitsbehörde, als auch die allermeisten Fachleute den Konsum von Cannabis als potenziell gefährlich ansähen. Ziel der Bemühungen müsse es sein, keinen Mehrkonsum, sondern sichereren und verantwortlicheren Konsum zu bewirken. Dies sei, auch bei allen Legalisierungsüberlegungen, die wichtigste Botschaft. Es gelte insbesondere auch die kriminellen Merkmale des Handels mit und Konsums von Cannabis zurückzudrängen. Hier sei ein modellhaftes Vorgehen sinnvoll, bei welchem auch herausgefunden werden könne, wie viel Freigabe von Cannabis einerseits die Situation verbessere und in Abwägung hierzu, wie viel Freigabe zu mehr Konsum führe.

Zur Kenntnis genommen.

12.2 **Subventionsbericht zur Überlassung von Räumen / Immobilien aus dem Fiskalbesitz für soziale Einrichtungen 2022 wird im nichtöffentlichen Teil behandelt**

Wird unter TOP 19.1 im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung behandelt.

12.3 **Änderungen der Wohnraumförderung 2023 einschließlich einer Übersicht der bezugsfertigen Wohnungen 2017 bis 2022 0927/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**12.4 Sparkasse KölnBonn
Antwortschreiben zum Schreiben auf Grund der Anregung der Stadt-
arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik (0521/2023)
0938/2023**

Frau Eich-Ganske (Volt) bedankt sich für die Mitteilung und das Schreiben der Sparkasse KölnBonn. Die Sparkasse zeige hier sehr viele Möglichkeiten auf, die es für ältere Menschen gebe, um sich mit Bargeld zu versorgen, auch wenn die Filiale vor Ort schließe. Sie rege an, die Versorgung mit Bank-Bussen auszuweiten und bittet die Verwaltung um Auskunft darum, an welchen Genehmigungen dies scheitere und wie hier Abhilfe geschaffen werden könne.

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt mit, die Frage an die zuständige Stelle zur Beantwortung weiter zu geben.

Zur Kenntnis genommen.

**12.5 Mittelbewirtschaftung im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) Sachstand
2022
0373/2023**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses am 25.05.2023 geschoben.

**12.6 Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln (Competentia NRW) –
Abschlussbericht zur dritten Förderphase vom 01.09.2018 bis 31.10.2022
und mögliche Anschlussperspektive
0723/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**12.7 Mitteilung Förderprogramm "Dritte Orte" - Vierte Genehmigung für die
Förderphase 2022 ff.
0459/2023**

Anmerkung der Schriftführung: Die Vorlage wird zusammen mit TOP 4.2 [0454/2023](#) „Förderprogramm "Dritte Orte" - Erste Genehmigung für die Förderphase 2023“ behandelt. Wortbeiträge sind, zur besseren Übersichtlichkeit, unter TOP 4.2 zusammengefasst.

Zur Kenntnis genommen.

**12.8 Sachstandsbericht Starke Veedel - Starkes Köln
0690/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**12.9 Welcome-Point Cologne (WPC) am Breslauer Platz / Hauptbahnhof
1113/2023**

Herr Ciesla-Baier (SPD) bittet die Verwaltung um Mitteilung zu Zahlen der Frequenzierung und ob die Möglichkeit bestehe, diesen Welcome-Point auch für andere Flüchtlingsströme, welche nicht aus der Ukraine kommen, zu nutzen.

Frau Kerscher (Amtsleiterin, Amt für Wohnungswesen) teilt mit, dass aktuell im Schnitt ca. fünf Menschen aus der Ukraine über den Welcome-Point Cologne Köln erreichten. Diese geringe Auslastung führe zur Überlegung, den Welcome-Point zu schließen.

Für eine weitere Verwendung für Flüchtlinge, welche Köln zugewiesen würden und Köln auf anderen Wegen erreichten, sei eine Nutzung des Welcome-Points auf Grund einer anderen Verfahrensweise nicht zielführend.

Zur Kenntnis genommen.

12.10 Geschäftsbericht Wohnen in Köln 2020/2021 - Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2020/2021; Ausblick 0762/2023

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses am 25.05.2023 geschoben.

12.11 Planung bzw. Priorisierung der Verwaltung hinsichtlich der Sozialhäuser 1147/2023

Zur Kenntnis genommen.

12.12 Anfrage zu W-LAN am Wohnheim für Geflüchtete Poller Holzweg Beantwortung einer Anfrage aus dem Integrationsrat 1197/2023

Zur Kenntnis genommen.

12.13 Sachstandsmitteilung zur Umsetzung Stärkungspakt NRW 1151/2023

Herr Detjen (Die Linke) schlägt vor, dass die Liga der Wohlfahrtsverbände ihre Sichtweise darstelle. Er bittet die Verwaltung um Mitteilung, ob die vom Land NRW bereitgestellten Mittel in Höhe von 11 Millionen Euro für die Betroffenen verwendet werden könnten.

Frau Hoyer (FDP) bittet darum, sicherzustellen, dass die Gelder an die betroffenen Verbände weitergegeben würden. Sie fragt, ob die Möglichkeit bestehe, zuerst die Mittel des Landes zu nutzen und danach die von der Stadt Köln bereitgestellten Mittel verwendet würden.

Herr Krücker (Caritasverband für die Stadt Köln e.V.) erklärt, dass die Liga der Wohlfahrtsverbände Köln sehr froh sei, dass es nunmehr erste Maßgaben zur Umsetzung des NRW Stärkungspaketes gebe. Die Maßgaben seien gut beschrieben, aber er sei sich sicher, dass es bei der Einzelantragstellung hinsichtlich einer genauen Eingrenzung Nachfragen geben werde. Er gehe davon aus, dass die Mittel nicht in Gänze ausgegeben werden könnten. Die Vorgaben zur Verwendung der Mittel, welche das Land NRW angesetzt habe, schränke eine volle Ausnutzung des Hilfspaketes aus.

Frau Dr. Robinson (Amtsleiterin, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren) teilt mit, dass auf der Ebene des Deutschen Vereins umgehend ein Austausch mit allen Sozialämtern in NRW angestoßen wurde, um Ideen auszutauschen und gemeinsam Möglichkeiten zu finden, die Maßgaben des Landes umzusetzen.

Hinsichtlich der Kürze der Zeit sei die Verwaltung hier sehr auf den Ideenreichtum der Träger und Initiativen sowie auf die konkreten Bedarfe im Sinne des Stärkungspaktes angewiesen.

Herr Schumacher (Amt für Soziales, Arbeit und Senioren) teilt mit, dass alle Träger ihre Bedarfe anmelden und nach den Maßgaben des Landes NRW Leistungen aus dem Stärkungspaket NRW erhalten könnten. Er macht darauf aufmerksam, dass die Stadt Köln bis zum 30. Juni 2023 eine Meldung an das Land über den Stand der Planungen abgeben müsse. Eine weitere Meldung müsse zum 30. September 2023 erfolgen und nicht veranschlagte Mittel bis zum 12. Oktober 2023 an das Land NRW zurückgezahlt werden.

Herr Detjen (Die Linke) bittet hier, von Seiten der Verwaltung weiterhin laufend zu berichten und alles zu unternehmen, um die vom Land bereitgestellten Mittel zielgerichtet an die Verbände auszubehalten.

Herr Krücker (Caritasverband für die Stadt Köln e.V.) regt an, dass das Land NRW die Maßgaben zur Verwendung der Gelder öffne und den Zeitrahmen des Stärkungspaketes verlängere.

Herr Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen) regt an, in der zweiten Jahreshälfte eine Zwischenbilanz zu ziehen, um dann gegebenenfalls unterstützend auf die Träger zuzugehen.

Zur Kenntnis genommen.

12.14 Mietspiegelreform 1182/2023

Zur Kenntnis genommen.

12.15 Bevölkerungsentwicklung in Köln 2022 0948/2023

Zur Kenntnis genommen.

12.16 Leerzug Gummersbacher Straße 25 1128/2023

Frau Eich-Ganske (Volt) teilt mit, dass Volt das Projekt „Obdachlose mit Zukunft“ sehr am Herzen liege. Sie macht darauf aufmerksam, dass im Objekt „Gummersbacher Straße“ räumlich keine Möglichkeit bestanden habe das Konzept umzusetzen, da kein Versammlungsraum vorhanden wäre. Dadurch seien im Laufe der Zeit einige Menschen abgesprungen und neue hinzugekommen, welche eigentlich gar nicht hinter dem Konzept „Obdachlose mit Zukunft“ standen.

Nunmehr bestehe die Möglichkeit eines Neuanfangs, zu welchem leider ein brauchbares Objekt fehle, in welchem das Konzept zu gemeinsamem, selbstverwalteten Wohnen und Arbeiten gelingen könne. Hier sei es von entscheidender Bedeutung, dass ein mögliches Objekt mit Versammlungsraum und Werkstattplatz zentral zu erreichen sei.

Herr Detjen (Die Linke) begrüßt, dass die Verwaltung in engem Austausch mit den Akteuren und dem Verein stehe und das Projekt auch bei aller Komplexität weitergeführt werden solle.

Herr Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt die Bemühungen, ein neues, geeignetes Objekt zu finden, um das Projekt „Obdachlosigkeit mit Zukunft“ neu aufzusetzen.

Zur Kenntnis genommen.

**12.17 Dringlichkeitsantrag AN/0411/2023 - Köln-Pass automatisch versenden
Stellungnahme der Verwaltung
1206/2023**

Anmerkung der Schriftführung: Die Vorlage wird zusammen mit dem Dringlichkeitsantrag [AN/0674/2023](#) zu TOP 12.17. Köln-Pass automatisch versenden behandelt. Wortbeiträge sind, zur besseren Übersichtlichkeit, unter dem Dringlichkeitsantrag AN/0674/2023 (TOP 0), zusammengefasst.

Zur Kenntnis genommen.

**12.18 Projektfortschritt NEUmarkt – Maßnahmen zur Aufwertung des Neumarkts
1111/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**12.19 Präventionsatlas als Status-quo Analyse: Begleitende Mitteilung zur Vorlage 0514/2023 Masterplan Kommunale Sicherheit: Sachstand, weiteres Vorgehen und Bedarfsfeststellung
1046/2023**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses am 25.05.2023 geschoben.

**12.20 Mitteilung zur Bürgereingabe "QR-Code für Parkausweis für Behinderte, Parkplatzsicherung mit Pollern", AZ.: 203/22
0653/2023**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Festsetzung der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses am 25.05.2023 geschoben.

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen) beendet die Sitzung um 18:00 Uhr.

Gez.
Daniel Bauer-Dahm
(Vorsitzender)

Gez.
Thomas Krämer
(Schriftführer)